

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1932

12.3.1932 (No. 61)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karl-Friedrich-
Straße Nr. 14
Fernsprecher
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
C. K. M. e. n. d.
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3 Reichsmark. — Einzelnummer 10 Reichspfennig. Samstags 15 Reichspfennig. — Anzeigengebühr: 14 Reichspfennig für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifmäßiger Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und vorzuziehen ist, wenn nicht binnen 4 Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antikliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Bereinigung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Belieferung und Kontroversverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inferent keine Ansprüche, und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Letzter Appell des Kanzlers

Hindenburg-Rundgebung im Berliner Sportpalast

In dem Miesentraum des Berliner Sportpalastes, der bis zum letzten Platz besetzt war, fand am Freitagabend eine große Rundgebung des Hindenburg-Ausschusses statt. Als erster Redner sprach zunächst der Vorsitzende des Arbeitsausschusses der Vereinigten Hindenburg-Ausschüsse, Landrat a. D. Dr. Gerek. Von starkem Beifall umjohelt trat sodann der Reichskanzler

an das Sprechpult. Er wies zunächst auf die geschichtliche Bedeutung der gegenwärtigen Stunde hin und schilderte seine ergebnislosen Bemühungen, eine parlamentarische Erledigung der Frage der Reichspräsidentenwahl durchzuführen. Dann kam der Kanzler auf die Uneinigkeit in den Zielen und Bestrebungen der Parteien zu sprechen und legte darauf dar, warum der Reichspräsident die Notverordnungen unterschrieben habe. Dieser Weg habe beschritten werden müssen, um zu einer außerpolitischen Situation zu kommen, die die Bahn frei mache zu einer endgültigen Gleichberechtigung des deutschen Volkes mit anderen Völkern.

Er führte dazu aus: „Wer wie ich es miterlebt hat, wie der Herr Reichspräsident diese Notverordnungen unterschrieben hat, der ist in der Lage, zu sagen, wie schwer es für ihn gewesen ist, allen diesen Opfern seine Zustimmung zu geben. Aber wenn der Herr Reichspräsident diesen Weg nicht gegangen wäre, dann würde er nicht das deutsche Volk in diesen kritischsten Tagen nach dem Ende des Krieges so weit geführt haben, auf

einem Weg, der zwei Jahre lang fast jeden Tag hart am Abgrund vorbei gegangen ist, wo ein falscher Schritt das mühsam aufgerichtete Gebäude wieder hätte zum Einsturz bringen können, auf einem Weg, der hart und steinig ist, wie jeder, der in der Geschichte zu einem Erfolg geführt hat, der hart und steinig sein mußte, um dahin zu kommen, wohin wir alle kommen wollten: Zu einer außerpolitischen Lage, die uns die Bahn frei macht zu einer endgültigen Gleichberechtigung des deutschen Volkes mit anderen Völkern. (Stürmischer Beifall.)

Wenn man jetzt dazu übergeht, immer und immer wieder dem Volk das Wort vom Kampf gegen das System einzuhämmern, dann muß ich gegenüber diesen Dingen das eine aussprechen:

Je länger der Wahlkampf dauert, desto widerwärtiger wird er von der anderen Seite geführt, desto gedankensärmer wird die Form der Agitation.

Wenn hier der Reichspräsident von der Opposition wegen der Notverordnungen angegriffen wird mit dem Schlagwort: Kampf gegen das System, so wolle man uns endlich einmal sagen, wie man sich zu der Frage stellt:

„Stabile Währung oder Inflation?“

Darauf hat man bis heute noch keine klare Antwort gegeben. Wenn man alles, was man in diesen Tagen und in den vergangenen Monaten verschiedensten Schichten und Berufen des Volkes versprochen hat, durchführen will, hätte man in vierzehn Tagen die Inflation in Deutschland.

Man erklärt, man will kein Programm, man will nur die Macht haben. Aber unter der Hand geht man hin, und in öffentlichen Arbeiterversammlungen verspricht man den Arbeitern die schönste und beste Zukunft, um nachher in verschlossenen Räumen ausschließlich vor Führern der Industrie zu sprechen.

Man spricht von der Notwendigkeit einer umfassenden Steu- lung im deutschen Osten. Aber in gewissen Kreisen sagt man ebenso verschämmt wie bescheiden, daß man ein solches Pro- gramm nicht im Sandumdrehen durchführen könne.

Wenn Hindenburg, so fährt der Kanzler fort, Führer der ganzen deutschen Armee nicht erst im Jahre 1918 gewesen wäre, dann hätte voraussichtlich die Geschichte des deutschen Volkes ganz anders ausgesehen; dann brauchten voraussichtlich viele Dinge, die in den vergangenen Jahren geschehen sind, nicht geschehen zu sein. (Beifall.)

Zu den Angriffen, die gegen den Reichspräsidenten in der Agitation von Mund zu Mund wegen seines hohen Alters erhoben werden: Ich kann alle Argumente vertragen. Aber dieses Argument gerade der Jugend vorzulegen,

ist ein Verbrechen an der heranwachsenden Jugend, eine Erschütterung der Autorität,

die ihre Wirkung noch lange Zeit später ausüben wird. Das zeugt von einer Gesinnung, mit der es für immer kein Patieren mehr geben wird. (Beifall.) Ich möchte den Menschen finden, der in der gleichen Weise in der Lage ist, die Dinge scharf und schnell zu durchschauen und ihnen in wenigen Sätzen eine klare, klaffende Formulierung zu geben, wie Reichspräsident von Hindenburg.

Nicht diejenigen, die immer und immer wieder mit neuen Vorschlägen und wechselnden Plänen und mit schäumenden Worten sich hinsetzen können vor die Massen, denen es schlecht geht und sie kalzinieren können, sind wirkliche Führer, sondern nur die von Gott gesandten Männer, wie der Reichspräsident, der in tiefer Gottesfurcht, in seiner Demut vor Gott, in allen entscheidenden Stunden in und nach dem Krieg den Mut hatte, durchzuhalten und die richtigen, aber schweren Entschlüsse zu treffen.

Schweigen sollten die Menschen, die nicht in der Lage sind, dieses Gottvertrauen, diese klare Entschlußfähigkeit und diese Demut der Gesinnung anzubringen. Schweigen und verstummen sollte die Kritik an diesem Manne deswegen, weil es schon eine Schande für das deutsche Volk gewesen die Geschichte sein wird, daß überhaupt solche Angriffe gegen den Reichspräsidenten gerichtet wurden. (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Ich appelliere in dieser Stunde an die deutschen Frauen und Mütter,

daß sie keine Entehrung des deutschen Volkes dadurch zulassen, daß einem Manne wie dem Reichspräsidenten die Treue nicht gehalten wird, und daß sie ihre Kinder nicht in dem Glauben an eine monumentale, historische Größe erziehen. (Beifall.)

Ich richte an Sie alle die inländische Bitte, die letzte Kraft und Energie einzusetzen, daß der 13. März für den Reichspräsidenten zu einem entscheidenden Siege wird, der auch entscheidender Sieg für Deutschland sein wird. Und ich schließe damit, daß ich sage: Hindenburg muß siegen, weil Deutschland leben muß!

Vor dem Kanzler sprach in Berliner Sportpalast zuerst Landrat Dr. Gerek. Dr. Gerek betonte, daß die großen innerpolitischen Entscheidungen nicht bei der Präsidentenwahl ausgefallen würden, sondern bei den Parlamentswahlen.

Graf Westarp, der nach dem Kanzler das Wort nahm, stellte die Präsidentenwahl unter den Gesichtspunkt des außenpolitischen Ringens Deutschlands um Ehre und Freiheit. Er gab ein Bild der internationalen Lage und schloß, daß nur ein einiges deutsches Volk inlande sei, den schweren Weg der deutschen Außenpolitik gegenüber dem Siegerwahn des so ungeheuer starken Frankreich, zu gehen, das glaube, daß man mit materiellen Mitteln den Freiheitswillen eines Volkes brechen könne. Hindenburg zu wählen sei eine Pflicht für jeden, der dem deutschen Volke nicht den Weg zur Freiheit auf ewig verschließen wolle.

Der Reichsinnenminister gegen die braunschweigische Regierung

Eine nationalsozialistische „Auflagenachricht“

BRB. Berlin, 12. März. (Priv.-Tel.) Die braunschweigische Staatsregierung hatte den „Volkstfreund“ in Braunschweig aufgefordert, die Erklärung des Rechtsanwalts Lutzgebrune wegen der Vorwürfe gegen den nationalsozialistischen Führer, Hauptmann a. D. Koch, als Auflagenachricht zu verbreiten.

Der Reichsinnenminister hat daraufhin sofort ein Funktelegramm an die braunschweigische Regierung geschickt, in dem er darauf hinweist, daß auf Grund der Änderung der Presse- notverordnung vom 10. August 1931 von den Zeitungen nur die Aufnahme amtlicher Entgegnungen verlangt werden könne, d. h. der Inhalt der Entgegnungen müsse sich auf amtliche Angelegenheiten beziehen. Der Minister bezeichnet das Vorgehen der braunschweigischen Regierung als einen Mißbrauch der Verordnung und ersucht um Zurücknahme und Unterlassung jeglicher Maßregelung. Außerdem verlangt der Minister sofortige Beantwortung in einem Funktelegramm.

Die schwebende Schuld des Deutschen Reiches betrug am 29. Februar 1932 1871,5 Millionen Reichsmark gegen 1858,8 Millionen Reichsmark am 31. Januar 1932.

* Zur politischen Lage

Die Reichspräsidentenwahl

Mit dem heutigen Samstag erreicht der Wahlkampf sein Ende. Morgen wird das deutsche Volk an der Urne zu entscheiden haben, ob es die Leitung seines Geschicks der in allen Stürmen und Nöten bewährten Persönlichkeit des Generalfeldmarschalls von Hindenburg anvertrauen will oder dem Machtgebot einer Partei, die bisher noch nicht den Befähigungsnachweis einer gesunden, ruhigen und aufbauenden Politik erbracht hat.

Der Wahlkampf ist bis jetzt mit einer Leidenschaftlichkeit durchgeführt worden, die zu der Annahme berechtigt, daß die Wahlbeteiligung am morgigen Tage sehr groß sein wird. Man rechnet mit 80 bis 85 Proz. Wahlbeteiligung. Eigentlich wäre auch das immer noch zu wenig. Angesichts der ungewöhnlichen Wichtigkeit der Entscheidung, die morgen zu fällen ist, sollte kein einziger wahlberechtigter Bürger der Wahlurne fernbleiben; es sei denn, daß er durch eine schwere Krankheit daran verhindert wird. Es kommt in der Tat auf jede Stimme an.

Dennoch, wenn man die Hoffnung hat, daß Hindenburg bereits im ersten Wahlgang gewählt wird, dann wird das natürlich nur möglich sein, falls alle die Volksgenossen, die innerlich die Notwendigkeit seiner Wahl bejahen, auch den Weg zum Wahllokal finden. Zweifellos sind die Reserven nicht gering. Es gibt viele Hunderttausende von Staatsbürgern die sich von der Politik fernhalten, die aber doch Hindenburg in Treue und Verehrung zugetan sind und seine Wiederwahl zum Reichspräsidenten wünschen. Gerade auf diese Teile kommt es an. Erfüllen sie alle ihre Pflicht, dann wird der Sieg Hindenburgs morgen so gut wie sicher sein.

Den weithin sichtbaren Höhepunkt des ganzen Wahlkampfes hat die Rundfunkrede gebildet, mit welcher sich Hindenburg am Donnerstag selber an die Wählerschaft wandte. Der ganze Mann spricht aus dieser Rede. Sie gehört zweifellos zu den erfreulichsten und wirkungsvollsten, rednerischen Kundgebungen der ganzen letzten Jahre. Ihrem Eindruck wird sich so leicht niemand entziehen haben. Und gerade, weil Hindenburg in dieser seiner Rede auf jedes der üblichen Werbemittel der Wahl- agitation verzichtet, wirkt sie um so nachhaltiger für ihn.

Morgen abend werden die Wahllisten geschlossen werden. Und noch in der Nacht, spätestens am Montag früh, wird die deutsche Öffentlichkeit und darüber hinaus die ganze Welt wissen, wie das Ergebnis der Wahl gewesen ist. Es wäre ein Gewinn für unser Volk, wenn dieses Wissen sich in dem Satz erschöpfen würde, daß Hindenburg bereits im ersten Wahlgang die absolute Mehrheit erhalten hat und damit gewählt worden ist.

Die äußere Politik

Die äußere Politik der vergangenen Woche verlief im wesentlichen ruhiger, als man das bisher gewohnt war. In Deutschland selbst konzentrierte sich fast das ganze Interesse auf die Reichspräsidentenwahl. Ferner nimmt man bereits gewisse Rücksicht auf die bevorstehenden französischen Kammerwahlen. Rahmgelegt wird die Außenpolitik aber auch durch das Vergehen des Völkerbundes in der Frage des ostasiatischen Konflikts.

Selbstverständlich hätten Bemühungen, durch den Völkerbund diesen Konflikt zu beenden, nach wie vor an. Man weiß nur zu gut, daß nicht nur die Autorität, sondern geradezu die Existenz des Völkerbundes von der Frage abhängt, ob eine Beilegung des Konflikts gelingt oder nicht. So, wie die Dinge heute liegen, scheint eine pessimistische Antwort auf diese Frage das nächstliegende zu sein. Denn Japan geht, unbekümmert um den Völkerbund, seinen Weg der gewalttätigen Annexion weiter. Es vertritt dabei den Chinesen gegenüber einen Standpunkt, der sich mit dem Begriff der Souveränität Chinas nicht mehr vereinbaren läßt. Gestützt auf ein System alter Verträge, die längst überholt sind, oder wieder durch andere modifiziert wurden, betont die Regierung in Tokio immer wieder, daß sie nichts anderes, als ihr gutes Recht wolle, und daß China vorsätzlich und böswillig sich seinen Rechtsverpflichtungen entziehe, ja aggressiv gegen Japan vorgehe. Diese Angriffe Chinas vollzogen sich zwar nicht in militärischer Form, aber sie seien deshalb nicht weniger bedenklich.

China bezieht sich seinerseits wieder auf den Wortlaut anderer Verträge (zum Teil Verträge internationaler Art) und beruft sich vor allem auf sein Recht der Selbst-

Letzte Nachrichten

Warnung vor Wahllügen

BRB. Berlin, 12. März. (Tel.) Wie verlautet, wird von radikaler Seite beabsichtigt, in den letzten Stunden vor der Wahl durch Wahllügen die Öffentlichkeit irreführen zu lassen. Daher wird vor derartigen Nachrichten, die entweder durch Flugblätter oder durch Mundpropaganda verbreitet werden sollen, eindringlichst gewarnt. Insbesondere ist die Behauptung verbreitet, daß der Herr Reichspräsident v. Hindenburg keine Kandidatur zurückziehe. Diese Nachricht ist frei erfunden.

Keine Kürzung der Beamtgehälter beabsichtigt

BRB. Berlin, 12. März. (Tel.) In Beamtenkreisen wird das Gerücht verbreitet, daß neben einer weiteren Kürzung der Beamtgehälter auch eine Umstrukturierung der Dienstklasseneinteilung mit dem Ziel einer weiteren indirekten Bekürzung der Beamtgehälter beabsichtigt sei. Wir sind zu der Erklärung ermächtigt, daß es sich auch hier um eine dreiste Wahllüge handelt, die jeder tatsächlichen Unterlage entbehrt.

ständigheit und Gleichberechtigung. Und so ist es entschlossen, den Verteidigungskampf fortzusetzen. Militärisch vertritt man sich von einer Defensivlinie, die weiter im Lande liegt und dem Bombardement der japanischen Flotte nicht ausgesetzt ist, mehr als von der Verteidigung Schanghai.

Wir haben den Krieg in Ostasien. An dieser Tatsache ist nicht mehr zu zweifeln. Und nur auf einen sehr starken Druck hin wird Japan sich dazu bequemen, die Beute wieder fahren zu lassen. Bis jetzt hat es an diesem starken Druck gefehlt. Es ist erstaunlich, daß die Großmächte, die in erster Linie am Handel mit China interessiert sind, sich überhaupt die Vorgänge in Schanghai gefallen ließen. Denn Schanghai ist einer der wichtigsten Handelshäfen in ganz Asien. Und natürlich haben Handel und Wirtschaft die schwersten Verluste durch die Kämpfe in und um Schanghai zu erleiden gehabt.

Herr Lardieu versucht, für die Idee einer Donauföderation Stimmung zu machen. Was er mit dem ganzen Plan beabsichtigt, liegt völlig klar am Tage: er will ein wirtschaftliches Zusammengehen der Donaustaaten schaffen, welches nun auch Österreich und Ungarn in aller Form dem finanziellen, wirtschaftlichen und politischen Einfluß Frankreichs unterwirft, unter völliger Ausschaltung aller wirtschaftlichen und sonstigen Interessen, welche Deutschland in Südosteuropa zu wahren hat.

Während es erst so schien, als ob England und Italien der Idee Lardieus immerhin ein gewisses Wohlwollen entgegenbrächten, hat sich bald gezeigt, daß London und Rom der Aktion sehr reserviert gegenüberstehen. Und was Deutschland betrifft, so wird es ja auch nicht ruhig bleiben. Die Tendenz in der ganzen Welt geht ja nun schon seit einer Reihe von Monaten dahin, sich von dem Einfluß der französischen Finanzsuprematie zu befreien. Diese Bestrebungen würden eine schwere Beeinträchtigung erfahren, wenn es Frankreich gelänge, jetzt an der Donau ein neues Bollwerk seiner Finanzherrschaft zu errichten.

Berlin vor dem Wahltag

W.D. Berlin, 12. März. (Priv.-Tel.) Der eigentliche Wahlkampf in Berlin konzentrierte sich infolge der spät erfolgten Nominierung der Präsidentschaftskandidaten auf die letzten Tage vor der Wahl. Außer öffentlichen Kundgebungen der „Eisernen Front“, der Nationalsozialisten und der Kommunisten im Lustgarten fanden mehrere große Kundgebungen im Sportpalast statt. Gestern sprach dort Reichskanzler Dr. Brüning, dem die Massen beim Verlassen des Sportpalastes nicht endenwollende Ovationen darbrachten.

Außerdem wurden in den Vororten und Außenbezirken täglich annähernd 200 kleinere Versammlungen abgehalten. Im weiten Umfange wird von der Plakatwerbung, von der Werbung durch Lautsprecher und durch Transparente und Wollschreiber Gebrauch gemacht. Auch das Flugzeug ist in den Dienst der Wahlpropaganda gestellt.

Tag und Nacht arbeiten Bettelverteiler, Klebe- und Malerkolonnen. Da polizeilich verboten ist, gegnerische Wahlplakate zu übermalen oder sonstige unkenntlich zu machen, wurden in den letzten Tagen etwa 700 Personen, die sich gegen dieses Verbot vergangen hatten, verhaftet. Ein Teil wurde dem Schnellrichter vorgeführt.

Im Gegensatz zu früheren Wahlen bearbeiteten diesmal auch die Nationalsozialisten die Arbeiterwohnviertel im Osten und Norden Berlins. Im allgemeinen ist der Wahlkampf ruhig verlaufen.

Legalitätserklärung Adolf Hitlers

W.D. Berlin, 12. März. (Priv.-Tel.) Die Pressestelle der Reichsleitung der NSDAP teilt eine Erklärung Adolf Hitlers mit, in der es heißt, die nationalsozialistische Bewegung habe heute weniger denn je Anlaß, ihren legalen Weg zu verlassen. Alle Gerüchte über Putschabsichten der NSDAP seien völlig unbegründet.

General von Schoch Ausschluß aus dem Stahlhelm

W.D. Berlin, 12. März. (Priv.-Tel.) Das Bundesamt des Stahlhelms teilt mit, daß der frühere volksparteiliche Abgeordnete General von Schoch aus dem Stahlhelm ausgeschlossen worden sei. Als Grund zu dieser Maßnahme wird angegeben, daß General von Schoch „an Hand erschlissener Anschriftenmaterials“, wie das Bundesamt sagt, eine Anzahl von Stahlhelmmitgliedern zur „Untroue gegenüber den Bundesführern“ aufgefordert habe.

Oesterreich und die Reichspräsidentenwahlen

W.D. Wien, 12. März. Die öffentliche Anteilnahme Österreichs an der Reichspräsidentenwahl ist ganz außerordentlich. Die Blätter füllen schon seit einigen Tagen ihre Seiten mit spaltenlangen Berichten über den Wahlkampf im Reich, wobei gestern die Rundfunkrede Hindenburgs, heute die Rede des Reichskanzlers Dr. Brüning fast in vollem Wortlaut an erster Stelle steht.

Mit Ausnahme der radikalen Rechts- und Linksblätter tritt die gesamte Presse einmütig für Hindenburg ein, als stärkste Bürgschaft für eine besonnene, stetige Politik Deutschlands. In diesem Sinne veröffentlichten heute auch mehrere Zeitungen Äußerungen hervorragender Persönlichkeiten aus dem Deutschen Reich.

Einigung zwischen Reichs Rundfunkgesellschaft und Schallplattenindustrie. Die Reichs Rundfunkgesellschaft und die Schallplattenindustrie teilen mit, daß nunmehr über das Senden von Schallplatten im Rundfunk Vereinbarungen zustande gekommen sind, die den Interessen beider Parteien Rechnung tragen. Die Industrie wird dem Rundfunk wieder Schallplatten zur Sendung zur Verfügung stellen.

Der bayerische Rundfunk. Die Bayerische Rundfunk G. m. b. H., deren Gesellschaftskapital von 60 000 RM der Reichspost (15 000 RM), dem bayerischen Staat (15 000 RM) und drei Privaten (je 9 000 RM) gebildet ist, ist ganz in die Hände der Reichspost und des bayerischen Staates gekommen, und zwar so, daß 51 Proz. die Reichspost, 49 Proz. der bayerische Staat besitzt. Der Vertrag mit der Gesellschaft wäre zwar erst 1935 abgelaufen, aber da er nicht mehr erneuert worden wäre, hätten die privaten Anteilhaber ein Interesse, ihre Anteile früher abzutreten.

Aus badischen Wahlversammlungen

Curtius über Hindenburg

In einer Massenversammlung der Hindenburg-Wähler in Heidelberg machte der ehemalige Außenminister Curtius interessante Mitteilungen über die Arbeitsweise des Reichspräsidenten. Er wies den Vorwurf zurück, als ob Hindenburg zu alt wäre, und erinnerte an Goethe, der mit 76 Jahren den zweiten Teil des „Faust“ begann, und an Rante, der sich mit 85 Jahren an seine Weltgeschichte setzte, die er mit 91 Jahren beendigte.

Curtius erklärte, er könne ohne Übertreibung sagen, daß Hindenburg heute frischer sei als 1925, habe doch Hindenburg selbst erklärt, daß die große Aufgabe, zu der er berufen sei, ihn frisch erhalten habe. Er sagte mir, fuhr Curtius fort, vor einigen Jahren: „Wenn ich meine Zeit abgedient habe, möchte ich noch ein paar schöne Reisen machen, ich habe noch zu wenig von der Welt gesehen.“ Als im vergangenen Herbst die beiden französischen Minister in Berlin waren, sagte er: „Ich war besorgt, daß der alte Mann die Strapazen nicht ertragen könnte.“ Er meinte mit dem alten Mann den 15 Jahre jüngeren Briand.

Bei der Entgegennahme der vielen Vorträge, die ich in den vergangenen Jahren bei ihm gehalten habe, hat er niemals irgend jemand als Hülfsleistung benötigt. Als ich Hindenburg Bericht erstattete über die Dager Konferenz für den Young-Plan, erzählte Curtius weiter, hatte ich drei Entwürfe mitgebracht für eine notwendige Veröffentlichung in der Presse. Ich legte sie ihm vor. Ich erlebte, daß er alle drei Entwürfe mit einer Handbewegung beiseite schob, sich hinsetzte und in meiner Anwesenheit die Rundgebung an die Öffentlichkeit selber verfasste. Es war ein klares Dokument von nur wenigen Worten und Sätzen, in militärisch knapper Sprache, in dem aber alles gesagt war.

Zwar ist ihm seine Entscheidung über den Young-Plan schwer geworden, aber er hatte nach der Verfassung als Reichspräsident kein Vetorecht, und der vorausgegangene Volksentscheid hat auch nur 13,5 v. H. der Stimmen gegen den Young-Plan ergeben. Hindenburg wußte aber, daß mit der Unterzeichnung des Rheinland befreit und die Kontrollen in Deutschland verschwinden würden, und im übrigen keine Garantie für die Erfüllung von unserer Seite gegeben war. Die Zeit hat ihm vollkommen recht gegeben. Heute ist der Young-Plan tot, wir brauchen ihn nicht zu zerreißeln, noch die Trompetenstöße der nationalen Opposition befeuchten.

Dr. Curtius führte des Weiteren aus: Hindenburg ist nicht der Kandidat eines „Systems“. Das System, das Programm vorhält und die Deutschen zerreißt in „Gut und Böses“, steht auf der Rechten. Uns und Hindenburg geht es um die Einheit, um die einheitliche Idee der Nation. Für die kommenden Aufgaben ist nationale Disziplin nötig. Die erste Persönlichkeit, die es dafür gibt, ist Hindenburg. Haben wir Ehrfurcht vor Charakter und geschichtlicher Größe!

Anschließend sprachen noch Prof. Dr. Raddach und Prof. Dr. M. Dibelius.

Rundgebung des Karlsruher Zentrums für Hindenburg

Als Abschluß der großen Wahlversammlungen für Hindenburg hatte das Zentrum am Freitagabend zu einer Rundgebung in die Karlsruher Festhalle aufgerufen. Nach einer ausgezeichnet gelungenen Übertragung der Rede des Reichskanzlers Dr. Brüning aus dem Berliner Sportpalast sprach Reichs- und Landtagsabgeordneter Dr. Föhr, der Führer des badischen Zentrums.

Er erklärte, daß das Zentrum sich auch aus positiven Gründen für Hindenburg einsetze. Genüß habe sich das Zentrum im Jahre 1925 gegen Hindenburg erklärt, weil damals seine Kandidatur unter ganz anderen politischen Zielsetzungen präferiert worden sei. Hindenburg sei damals der Kandidat der Rechten gewesen, die glaubte, in ihm das Werkzeug zu finden, um außenpolitisch den Kurs zu drehen und die Verständigungspolitik zu vernichten. Damals waren wir berechtigt, auf diese Sorge hinzuweisen. Wenn wir heute uns für Hindenburg erklären, so geschieht es deshalb, weil heute diese Gefahr bei Hindenburg in keiner Weise besteht, weil diese Gefahr bei Adolf Hitler bestehe. Hindenburg sei heute ein Garant dafür, daß außenpolitisch nichts zerfallen werde, daß der Befreiungsweg Brünnings und Hindenburgs fortgeführt und zum Erfolg geführt werden könne. Das Ausland wisse ganz genau, daß Brüning und Hindenburg nicht mehr gewillt sind, weitere Reparationen zu bezahlen, aber trotzdem bedeute die Wahl Hindenburgs keine außenpolitische Gefährdung.

Dr. Föhr weist dann darauf hin, daß die Zentrumsparlei nach dem Amtsantritt des Reichspräsidenten nicht nur loyal, sondern in Treue zum Reichspräsidenten von Hindenburg gestanden habe. Hindenburg sei als Politiker der Mann aller derjenigen geworden, die den Weg der Ordnung und des Aufbaues gehen wollen. Hindenburg habe eine Aufgabe zu erfüllen, die sonst niemand zu erfüllen in der Lage sei: Das deutsche Volk, das in dieser Zeit zerrissen denn je ist, zusammenzufassen. Wie Hindenburg im Kriege als treuer Kommandant Deutschland vor der Verwüstung bewahrt hat, so führe Dr. Föhr weiter aus, so scheint er mir jetzt für diese erste Stunde schwerer wirtschaftlicher und politischer Not von der Vorsehung dazu bestimmt zu sein, noch einmal für unsere Nation das Symbol der Einheit zu sein.

Reichsfinanzminister Dietrich in der Freiburger Festhalle

Auf einer eindrucksvollen Rundgebung des Freiburger Hindenburg-Ausschusses sprach Freitagabend Reichsfinanzminister Dietrich.

Es werde ein Schicksalstag des deutschen Volkes werden, an dem sich entscheiden werde, ob das deutsche Volk Ruhe und Ordnung und damit die Grundlagen des Wiederemporkommens sich erhalten oder das aufgebaute zerfallen und sich innen- und außenpolitisch in unnötige Schwierigkeiten stürzen wolle. Wenn Reichspräsident und Reichsregierung mit Notverordnungen regieren müßten, dann liege die Schuld daran lediglich bei den Radikalen, die im Reichstag keine positive Arbeit leisten wollten, sondern nur das Ziel hätten, Verwirrung und Unordnung zu schaffen. Die Radikalen rechts wie links seien jeder Entscheidung aus dem Wege gegangen. Wenn die Nationalsozialisten nur ein einziges Mal in der Frage der Pensionen und Doppelverdiener Farbe bekennen hätten, dann hätten sie Hunderttausende ihrer Wähler verloren. Auf der einen Seite verpflichten sie den mißzufriedenen Staatsbeamten und Pensionären mehr Gehalt und Pensionen, auf der anderen Seite den Steuerzahlern die Herabsetzung dieser Bezüge. Wenn einmal der Schluß der politischen Weisheit der sei, daß man blind an irgendeine Behauptung oder ein Dogma glaube, dann sei es bald aus mit einem Volk. Die heischenden Elemente hätten 13 Jahre gekämpft, um den Wiederaufbau des Staates, der Weg ins Freie sei gebahnt. Hindenburg werde aber am

18. März siegen. Das deutsche Volk müsse trotz aller Not und Sorgen den Bestand gelten lassen, den Willen zeigen, sich zu behaupten und deswegen müsse Hitler geschlagen werden und Hindenburg siegen.

Die Polizeibeamten für Hindenburg

Der Landesverband der Polizeibeamten Badens e. V., die Berufsvertretung von nahezu 4000 staatlichen Polizeibeamten, tritt in einem Aufruf für die Wiederwahl des bisherigen Reichspräsidenten von Hindenburg ein.

Neuer Konflikt in Memel

Ein Ultimatum an die Mehrheitsparteien

Der vom litauischen Gouverneur eingesezte großlitauische Präsident Simmat hat den Großlitauer Taliskus zum Mitglied des Direktoriums ernannt. Die Ernennung erfolgte bereits am Mittwoch und ist am Donnerstag in den Verhandlungen mit den Mehrheitsparteien diesen verschwiegen worden. Nunmehr hat Herr Simmat den Führern der Mehrheitsparteien ein Ultimatum gestellt und Entscheidung bis heute, Samstagvormittag, verlangt.

Wie aus Kreisen der Mehrheitsparteien verlautet, hat man dort den festen Eindruck, daß Simmat ein dem Memelstatut entsprechendes parlamentarisches Direktorium nicht zu bilden gewillt ist.

China protestiert gegen die Einsetzung Buyis

W.D. Paris, 12. März. (Tel.) Wie die Agentur Indopacificque aus Schanghai berichtet, hat das chinesische Außenministerium bei Japan gegen die Betrauung des früheren chinesischen Kaisers mit der Leitung der neuen mandchurischen Regierung protestiert.

Kurze Nachrichten

Preußenwahlen schon am 17. April. Der händige Ausschuß des preußischen Landtages tritt am kommenden Montag zusammen, um über den Zeitpunkt des Neuwahls des Preussischen Landtags zu beraten. Vom preussischen Staatsministerium ist eine Verordnung vorgelegt worden, wonach die Wahl zum Landtag am 17. April stattfinden soll.

Opferung eines Redners. Der stellv. Fraktionsführer der Reichstagsfraktion des Christlichsozialen Volksdienstes, Nippel, der am Freitag in einer Hindenburg-Wahlversammlung in Jöbenbüren bei Osnabrück sprechen sollte, kam auf dem Wege zum Hagenener Bahnhof so unglücklich zu Fall, daß er sich einen Arm- und Beinbruch zuzog. Ungeachtet dieser schweren Verletzung trat Nippel seine Reise an. Er ließ sich unterwegs Notverbände anlegen und hielt in Jöbenbüren eine anderthalbstündige, begeistert aufgenommene Rede für Hindenburg. Dann erst kehrte er nach Hagen zurück und begab sich in ärztliche Behandlung.

Auf der Tagung der Internationalen Handelskammer in Paris erklärte der amerikanische Delegierte Starnon, das amerikanische Volk werde bereit sein, die Neuregelung des gesamten Schuldenproblems ernstlich in Erwägung zu ziehen. Der Bogesendurftid Reimont-St. Maurice-Wesseling wird demnach in Angriff genommen werden. Das französische Ministerium für öffentliche Arbeiten wird sich demnach auch mit der Lösung des Problems eines Bogesendurftid Cornimont-Baustelle-Messerau befassen.

Neue Arbeitszeiteinrichtung in Polen geplant. Die polnische Regierung hat im Sejm einen Gesetzesentwurf eingebracht, die in Industrie und Verkehr im Dezember 1919 abgeschaffte 48-Stunden-Woche wieder einzuführen.

Der Landtag von Irland wählte mit 81 gegen 68 Stimmen De Valera zum Vorsitzenden des Ministeriales des Irischen Freistaates.

Eine japanische Geheimorganisation, der „Bund des Todes“, ist in Tokio aufgedeckt worden, der die jüngsten politischen Morde in Japan zur Last gelegt werden.

Kleine Chronik

Das Schwurgericht in Rottweil hat Christian Gaiser von Wittendorf (Oberamt Freiburg), der am 2. Dezember des vergangenen Jahres im Verlauf eines Streites zwischen Gaiser und Christian Gaiser durch einen wichtigen Stich in die Brust getötet hatte, wegen Körperverletzung mit nachgefolgtem Tode zu 5 Jahren Zuchthaus verurteilt. Der Staatsanwalt hatte zehn Jahre Zuchthaus beantragt.

In Altrip (Pfalz) wurde eine von den Nationalsozialisten geplante Versammlung von Kommunisten gesprengt, wobei es zu schweren Schlägereien kam. Mehrere Teilnehmer auf beiden Seiten wurden verletzt. Die Ordnung wurde von dem Überfallkommando wiederhergestellt.

Erntelose hatten in Gudenbach (bei Saarbrücken) einen Stollen gegraben, um Kohlen zu gewinnen. Freitag mittag stürzte der Stollen ein und begrub etwa 20 Personen unter sich. Die Feuerwehr konnte die Verhütteten bis auf einen, der erstickt ist, befreien.

Dem Leiter einer Polizeidienststelle in Wiesbaden ist in einem mit „E.A. Wiesbaden“ unterzeichneten Schreiben eine Ermordung angedroht worden. Der Polizeipräsident hat deshalb Versammlungen der NSDAP im Bereich dieser Dienststelle verboten.

In Kelle (bei Magdeburg) gerieten die Brüder Franke, landwirtschaftliche Arbeiter, mit den Arbeitern Schneidewind und Raach, mit denen sie seit langem verfeindet waren, in Streit. Sie schossen ihre Widerjäger nieder. Raach war sofort tot, Schneidewind starb kurz nachher. Die beiden Täter wurden verhaftet.

In der Nähe von Altruppin fand man den 16jährigen Seehundner Herbert Hülsen aus Neuruppin mit einem Kopfschuß verletzt auf. Nicht weit davon lag die 12jährige Quartierin Mathilde Dismann, die durch einen Kopfschuß getötet war. Die beiden Kinder besuchten gemeinsam die Aufbauschule in Neuruppin. Am 9. März verließen sie heimlich die Stadt und blieben unauffindbar. Hülsen gibt an, das Mädchen habe sich den tödlichen Schuß selbst beigebracht mit einer Waffe, die er von Gause mitgenommen habe. Aus Verzweiflung habe er sich dann selbst erschießen wollen.

Eine der bekanntesten Nizzaer Opernsängerinnen, Fel. Abzile, beugte sich in den Fahrstuhl nach unten, um zu sehen, ob der Aufzug von irgend jemand benutzt werde. Der gerade abwärts gehende Fahrstuhl trennte der Unglücklichen das Haupt vom Rumpf.

Das Straßburger Stadttheater beginnt demnach mit einer Reihe von Festveranstaltungen zur Feier des 100. Geburtstages Goethes. Verpflichtet wurden bisher zur Aufführung von Goetheschen Werken das Saarbrücker Stadttheater, das Deutsche Theater Berlin u. a. m.

Badischer Teil

Maßnahmen gegen Wahlbetrug

Von der Pressestelle beim Staatsministerium wird mitgeteilt:

Mitteilungen über den versuchten Kauf von Benachrichtigungskarten über die Eintragung der Stimmberechtigten in die Stimmlisten, um damit sich unzulässig Stimmzettel zu verschaffen, haben Veranlassung gegeben, die Wahlbehörden anzuweisen, bei Durchführung der Abstimmung am Wahltag (18. März) unter Umständen eine nähere Legitimationsprüfung der Stimmberechtigten durchzuführen. Da die Stimmberechtigten mit Stimmzetteln hienach, sofern sie dem Wahlvorstand nicht bekannt sind, nicht überall mit Sicherheit darauf rechnen können, daß die Stimmzettel als genügende Legitimation angesehen werden, wird solchen Stimmberechtigten empfohlen, vor sorgfältig neben der Benachrichtigungskarte noch einen weiteren Ausweis über ihre Person in das Abstimmungstotal zur Abstimmung mitzunehmen.

Eine krasse Wahlüge

Von der Pressestelle beim Staatsministerium wird mitgeteilt:

Nach vorliegenden Meldungen wird beabsichtigt, unmittelbar vor der Wahl durch Flugblätter und Presse die Nachricht zu verbreiten, daß Reichspräsident von Hindenburg freiwillig zurücktrete. Der Reichspräsident hat daraufhin erklärt, diese Nachricht sei eine dreifache Erfindung. Er denke nicht daran, von der Kandidatur zurückzutreten. Er sei durchaus entschlossen, erforderlichenfalls einen zweiten Wahlkampf zu führen. Der Reichsinnenminister hat daraufhin, daß Zeitungen, Plakate und Flugblätter, die diese Erfindung enthalten, verboten und beschlagnahmt werden, da die Verbreitung derartiger falscher Nachrichten geeignet ist, die öffentliche Sicherheit und Ordnung zu stören.

Sparmaßnahmen an den höheren Lehranstalten

Von der Pressestelle beim Staatsministerium wird mitgeteilt:

In einer Reihe von Zeitungen sind Ausführungen über einen „Einschränkungsprozeß an den höheren Schulen“ gemacht worden. Unter anderem wurde dabei ausgeführt, daß durch Einsparung von etwa 120 Stellen an den höheren Schulen die vorhandenen 110 vertragsmäßig verwendeten Professoren ihre Stelle verlieren würden. Die Unterrichtsverwaltung bezeichnet diese Nachrichten als unwahr und erklärt, daß eine derartige Maßnahme nicht beabsichtigt ist.

Deutscher Wald - Deutsche Möbel

Zu diesem vielfach erörterten Thema schreibt uns der Landesverband Badischer Schreinermeister e. V., Sitz Freiburg i. Br.:

Das Schreinerhandwerk und der solide Möbelhandel haben es nie verstanden können, daß gewisse Erzeugnisse seit Jahr und Tag aus unserer Möbelindustrie einen förmlichen Modestückel gemacht haben. Immer wurden mit neu aufgefundenen ausländischen Holzarten und geschickten Effekten in Wahrheit höchst wertvolle Möbel hergestellt und das Publikum, das bald nicht mehr wußte, was es wünschte, mit Außerlichkeiten ständig irreführt. Der wirtschaftliche Zusammenbruch Deutschlands hat diesem geschmacklosen Treiben jenen Einhalt geboten und namentlich unsere deutschen Möbelhersteller, die an Schönheit, Qualität und praktischer Gebrauchsfähigkeit unübertroffen sind, wieder in den Vordergrund gestellt. Hoffen wir im Interesse unserer Wohnkultur und unserer Volkswirtschaft, daß die gesunde Vernunft endlich siegt!

In diesem Zusammenhang muß auch ein Wort gesagt werden zu dem Mißstand und den Preissteigerungen, die seit einiger Zeit in steigendem Maße auf dem Möbelmarkt aufsteigen. Auch der Laie sollte wissen, daß zu solchen unmöglichen Preisen nur Schund und keine gute Gebrauchsqualität geliefert werden kann. Selbst der Herr Preisüberwachungs-Kommissar hat anerkannt, daß die Möbelpreise in den letzten Monaten so weit gestiegen sind, daß ein weiterer Abbau weder möglich ist, noch gefordert werden kann. Dem kaufenden Publikum kann deshalb nur dringend geraten werden, vor besonderer Billigkeit auf der Gut zu sein, denn niemand hat etwas zu verschleppen.

Der Anbau von Arzneipflanzen

Eine Warnung!

In der heutigen Zeit wirtschaftlichen Rückganges suchen viele Landwirte nach einem Rettungsweg, der ihnen neue Einkommensquellen verschaffen könnte. Nun bereiten zur Zeit Agenten hauptsächlich Mitteldeutschland, die unter hochtrabenden Titeln dem Unerfahrenen zum Anbau von Arzneipflanzen raten und alle möglichen Einnahmen, pro Morgen bis zu 22 000 M in Aussicht stellen. Schon manche Landwirte sind auf diese Versprechungen hereingefallen, die nur dem Zwecke dienen, daß der betreffende Verkäufer möglichst hohe Provisionen aus dem Verkauf von Wurzeln und Samen, vielfach bis zu 50 Prozent, herausholt. Erst wenn die Leute die erste Ernte haben, merken sie, daß sie hereingelegt wurden. Der Anbau von Arzneipflanzen ist heute genau so von der Wirtschaftskrise erfaßt, wie jeder andere Zweig. Die Landwirte werden gewarnt, sich von gewissenlosen Agenten hereinlegen zu lassen. Alle Interessenten für den Arzneipflanzenanbau sollen sich vertrauensvoll durch ihre Landwirtschaftskammern an den Reichsverband deutscher Arzneipflanzenanbauer in München (Königsplatz 36) wenden.

Ausgang aus den Personalveränderungen des Reichsheeres

Mit dem 1. April 1932 werden ernannt: Oberstleutnant von Apell, Stab 6. Div., zum Kommandeur des III. Btl. des Inf.-Regts. 15; Oberstleutnant Roth, Kommandeur des II. Btl. des Inf.-Regts. 15 zum Kommandanten des Tr.-Abt.-Platzes Ohrdruf; Oberstleutnant Klein, Kommandeur des III. Btl. des Inf.-Regts. 18 zum Kommandeur des 15. Inf.-Regts.; Major Weichmann, Stab-Artillerie-Führer V zum Kommandeur des II. Btl.-Inf.-Regt. 15; Major von Berg, Artillerie-Mgt. 5 zum Kommandeur der 1. Abteilung dieses Regiments; Generaloberarzt Dr. Lenz, San.-Abt. 5 zum Div.-Arzt der 1. Kavallerie-Div.; Generaloberarzt Dr. Weikinger, San.-Abt. 5 zum Div.-Arzt der 11. Kavallerie-Div.

Mit dem 31. März 1932 scheiden aus: Generalmajor von Schöfnus und Neuborff, Kommandeur des 15. Inf.-Regts.; Oberstleutnant Lucht, Kommandeur der 1. Abteilung 5. Art.-Regts.

Druckfehlerberichtigung

Anfragen betreffen uns, die bereits am Mittwoch gebrachte Berichtigung zum Badischen Zentralanzeiger für Beamte hier nochmals zu bringen: Im Zentralanzeiger vom Dienstag muß es in der zweiten Spalte (13. Zeile von unten) statt gültig ungültig heißen; in der dritten Spalte (Mitte) statt ungültig gültig (also . . . wurden dagegen für gültig erklärt).

Sonntagsrüd-fahrtarten

Die versuchsweise eingeführte Ausgabe von Sonntagsrüd-fahrtarten an Mittwochnachmittagen wird als eine angenehme und wertvolle Erleichterung des Reiseverkehrs empfunden; sie ist in Baden vorerst auf folgende Städte beschränkt worden: Mannheim, Heidelberg, Karlsruhe, Forstheim, Baden-Baden, Freiburg i. Br. und Konstanz, ferner auf die in der Schweiz gelegenen Bahnhöfe Basel Bad. Bahnhof und Schaffhausen Reichsb. (in der Richtung nach Deutschland). An Mittwochnachmittagen sind jedoch nicht alle bei den Bahnhöfen der genannten Städte aufliegenden Sonntagsrüd-fahrtarten erhältlich. Für die Ausgabe ist vielmehr nur eine Auswahl von Karten nach nachliegenden Erholungsorten zugelassen worden, worüber Auskünfte auf den Bahnhöfen unterrichten und Auskunft an den Fahrkartenschaltern erteilt wird.

Sabzepläne und Ausbächer

Zum kommenden Sommerfahrplanabschnitt (22. Mai) führt die deutsche Reichsbahn eine Neugestaltung der Ausbächerpläne sowie zum Teil der amtlichen Kursbücher und Taschenfahrpläne durch. Die amtlichen Kursbücher und Taschenfahrpläne erhalten künftig ein einheitliches Format, das ungefähre dem des heutigen südwestdeutschen Kursbuchs entspricht. Das südwestdeutsche Kursbuch und der Taschenfahrplan für Baden werden zum Sommer 1932 noch in der bisherigen Anordnung herausgegeben und erst zum Winterfahrplanabschnitt (2. Oktober) umgestellt.

Die Ausbächerpläne werden künftig nur noch auf weißes Papier gedruckt und zwar auf diejenigen des eigenen Verwaltungsbezirks einer Reichsbahndirektion, zu denen bisher hellgelbes Papier verwendet wurde. Die Ausbächerpläne gliedern sich künftig nicht mehr nach Direktionsbezirken, sondern nach Verkehrsgebieten. Dementsprechend werden die durchgehenden Strecken nicht mehr durch Direktionsgrenzen unterteilt, sondern, soweit Platz vorhanden, zusammenhängend dargestellt.

Die Streckennummerierung ist einheitlich in der Weise geregelt, daß künftig jeder Strecke — von einzelnen Ausnahmen abgesehen — im Ausbächerplan, amtlichen Kursbuch und Taschenfahrplan unter der gleichen Nummer erscheint. Zum Zwecke der Nummerierung ist das Reichsbahngebiet in vier Kurzbuchbereiche, nämlich Ost- und Mitteldeutschland, Westdeutschland, Südwestdeutschland, Bayern eingeteilt. Der künftigen Gliederung der Ausbächerpläne nach Verkehrsgebieten entsprechend werden in der Überschrift der einzelnen Fahrplanblätter nicht mehr die Reichsbahndirektionen, sondern die Verkehrsgebiete, z. B. „Baden“, aufgeführt.

Die Neuregelung bedeutet für das reisende Publikum eine wesentliche Erleichterung beim Lesen der Fahrpläne und Ausbächen der Reisewege.

Hoteltaxen und Fremdenverkehr

Der Arbeitsausschuß des Südwestdeutschen Handelskammerauschusses für Hoteltaxen und Fremdenverkehr hielt vor Kurzem unter dem Vorsitz des Präsidenten der Vorortskammer Karlsruhe, Konrad Nicolai, eine Sitzung in Stuttgart ab.

Im Anschluß an einen Bericht von Hotelbesitzer Gahler, Heidelberg, wurden die zahlreichen Probleme, die heute für das besonders schwer unter der Wirtschaftskrise leidende Fremdenverkehrsgebiet von Wichtigkeit sind, eingehend behandelt. Im Vordergrund der Beratungen stand die Förderung von Maßnahmen zur Förderung des innerdeutschen Verkehrs. Es wurden schärfere Maßnahmen gegen die Umgehung der Preisbestimmungen im Reiseverkehr des deutschen Publikums nach dem Ausland für erforderlich gehalten, um die Ausfüllung von solchen Auslandsreisen, die reinen Vergnügungs- und Sportzwecken dienen, zu unterstützen. Anders seien demgegenüber Auslandsreisen zu behandeln, die aus geschäftlichen oder gesundheitlichen Gründen unternommen werden müßten. Aber auch hier hielt man es für geboten, auf die große Heilkraft der zahlreichen deutschen Kurorte und Bäder hinzuweisen.

Für die Erhaltung des innerdeutschen Verkehrs wurde ferner die Durchführung von besonderen Tarifmaßnahmen der Reichsbahn auf dem Gebiet des Personenverkehrs gefordert. Die Vorschläge von Dr. Roewer, Syndikus der Hessischen Industrie- und Handelskammer Darmstadt, die einen Abbau der Schnellzugzuschläge und die Durchführung der Sitzplatzzuschläge auf eine mäßige Schutzgebühr, ferner die Wiedereinführung von Rückfahrkarten und Rundreisekarten, sowie namentlich auch zur Behebung des Familienreiseverkehrs die Einführung von Gruppenreisermäßigungen für kleinere Reisegesellschaften vorsehen, fanden Zustimmung.

Des weiteren wurde ein rascher Abbau des ungeheuren Steuerdrucks als dringlich bezeichnet und zu dem System der Pauschalabgaben und Pauschalsteuer betont, daß die Hoteltaxen bereits weitgehend die Pensions- und Zimmerpreise den veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen angepaßt hätten. Die Pauschalpreise dürften nicht als Mittel eines noch größeren Preisdrucks benutzt werden. Schließlich bedauerte der Ausschuß, daß man häufig geradezu eine Sparmanie beobachtet und feststellen könne, daß Leute sich vor Anschaffungen fürchten, die hierzu dringlich in der Lage wären. Derartige Erscheinungen seien dazu angetan, das Geschäftsleben noch weiter zu unterbinden und die Zahl der Arbeitslosen zu vermehren.

Aus der badischen Industrie

Noch keine Einigung bei der badischen Textilindustrie. Die am Freitag in Freiburg stattgefundenen Verhandlungen der badischen Textilindustriellen mit den Gewerkschaften über den von der Industrie vorgesehene weiteren Prozentsatzigen Lohnabbau haben trotz mehrföhriger Besprechungen zu keiner Verständigung geführt. Die Gewerkschaften erklärten, eine weitere Schmälerung des Existenzminimums für untragbar und lehnte jede Lohnreduktion, die über den gegenwärtigen Stand der Löhne hinausgeht, ab. Der Textilarbeiterverband wird nun wohl auf schießrichterlichem Wege eine Entscheidung herbeiführen.

Steueranordnung in Weil a. M. Nachdem der Bürgerausschuß Weil a. M. die Nachtragsumlage abgelehnt hat, wurde sie vom Bürgermeister gemäß Art. 11 der Haushaltsnotverordnung in Vollzug gesetzt und die erforderliche Staatsgenehmigung beantragt.

ld. Freiburg i. Br., 12. März. In der vergangenen Nacht starb im Alter von 44 Jahren Josef Friedrich Lüntzer, Schriftleiter der „Freiburger Zeitung“, nach kurzer, aber schwerer Krankheit. Der Verstorbene war ein tüchtiger und gewissenhafter Journalist und war in allen Kreisen sehr geschätzt. Bei der „Freiburger Zeitung“ vertrat er über fünf Jahre den Posten eines Redaktionsleiters.

Gemeinderundschau

Die Mannheimer Kleinfiedlungen. Die Art und Weise, wie in Mannheim der Bau von Kleinfiedlungen in Angriff genommen wurde, hat weit über Mannheim und Baden hinaus lebhaftes Interesse gefunden. Zahlreiche Vertreter der Ministerien, der Städte und gemeinnütziger Bauvereinigungen haben die Siedlung besichtigt. So z. B. der Reichsiedlungskommissar Dr. Sassen, sowie Vertreter aus Altona, Augsburg, Braunschweig, Darmstadt, Dortmund, Düsseldorf, Eisenach, Erfurt, Frankfurt, Freiburg, Girsberg (O. S.), Kiel, Mainz, München, Nürnberg, Pforzheim, Stuttgart, Ulm und anderen Städten.

Im Gemeinderat Wertheim wurde ein Antrag der NSDAP. angenommen, wonach die Regierung ersucht werden soll, durch Notverordnung den Gemeinden alsbald das Selbstbestimmungsrecht bezüglich der Gemeindebeamtengehälter zurückzugeben.

Abbau der Eberbacher Oberrealschule. Die Bemühungen, den Abbau an der Oberrealschule in Eberbach zu verhindern, sind erfolglos gewesen. Nach einer Mitteilung des Ministeriums des Kultus und Unterrichts an das Bürgermeisteramt wird die Schule ihre zwei oberen Klassen verlieren, und zwar wird im nächsten Schuljahr die Unterprima ausfallen, im übernächsten auch die Oberprima.

Bereinigung des Mietzugs in Bruchsal. Zum Zwecke der Geschäftsvereinfachung und der Beseitigung von Mietungsflächen zwischen der Stadtverwaltung Bruchsal und den rund 300 Mietern städtischer Wohnungen wurde beschlossen, ab 1. April dieses Jahres für alle Mietwohnungen in städtischen Häusern feste monatliche Mietbeträge einzuführen und die Müllabfuhr-, Schlammfänger-, Kaminfeger- usw. Gebühren einschließlich Wasserzins auf die Stadtkasse zu übernehmen. Die Abgeltung dieser erfolgt durch einen Zuschlag von 5 Proz. der Friedensmiete zum jetzigen Mietpreis.

Die Karlsruhe vorstädtische Kleinfiedlung. Der Bürgerausschuß hält am Freitag, den 18. März, seine nächste Sitzung ab und wird sich u. a. mit einer städtischen Vorlage über die vorstädtische Kleinfiedlung beschäftigen. Die Stadt stellt das Gelände zur Verfügung und errichtet auf ihm unter Mitverwendung der Arbeitskraft der Siedler zunächst etwa hundert Siedlerstellen. Der Wert des Siedlerhauses ohne Nebengebäude (Wasserleitung, Erschließung, Inventar und sonstiges) soll den Betrag von etwa 2800 M. ausmachen. Der Darlehensbetrag, der dem Siedler zu gewährenden Darlehen, darf pro Siedlerstelle den Betrag von 2500 M. nicht übersteigen. Zur Ausführung des Siedlungsunternehmens ist bei der Deutschen Bau- und Bodenanstalt AG. in Berlin ein Darlehen von 250 000 M. aufzunehmen, tilgbar innerhalb 41 Jahren. Die Siedlerstellen sind den einzelnen vom Stadtrat auszuwählenden Siedlern zunächst zu verpachten, dann, nach dreijähriger, ordnungsgemäßer Bewirtschaftung, zu Eigentum käuflich zu übertragen. Die Fertigstellung der Gesamtsiedlung ist zum Herbst 1932 zu erwarten.

Fahrplankonferenz der Mittelbadischen Eisenbahnen. Unter dem Vorsitz des Direktors Dörner fand am Samstag in Offenburg die alljährliche Fahrplankonferenz der Mittelbadischen Eisenbahnen AG., Lahr, statt, zu der die Handelskammer Lahr, die Landräte und Städte sowie die Verkehrsvereine und sonstigen Interessentengruppen eingeladen waren. Der Vorsitzende brachte zur Kenntnis, daß die finanzielle Lage des Unternehmens infolge der allgemeinen Wirtschaftskrise nach wie vor ungünstig ist. Bei Aufstellung des neuen Fahrplans war die Verwaltung bestrebt, den vorhandenen Verkehrsbedürfnissen trotz der bestehenden Schwierigkeiten soweit zu entsprechen, daß der kommende Fahrplan im allgemeinen ausgefallen werden konnte. Wie der Vorsitzende weiter ausführte, ist bei den von der R.G.S. betriebenen Kraftfahrplänen in finanzieller Hinsicht infolge des Verkehrsrückganges eine Selbstständigkeit noch nicht erzielt worden.

In der Lahrer Bürgerausschußsitzung vom 8. März war es zu scharfen Auseinandersetzungen zwischen Nationalsozialisten und Sozialdemokraten gekommen, die schließlich in Tätlichkeiten ausarteten. Verursacht waren diese Ausschreitungen durch den Ortsgruppenführer der Nationalsozialisten, dem 1904 in Sierenz (Elsas) geborenen Mechaniker Arthur Kirn, der ehemalige Frontsoldat in seiner Rede im Bürgerausschuß beschimpft hatte. Kirn hat die Sozialdemokratie, das Zentrum, die Demokraten und andere Parteien des Landesparlaments bezichtigt. Gegen diese Ausführungen wenden sich der Evangel. Volksdienst, die Deutsche Volkspartei, die Zentrums- und die Staatspartei und die Sozialdemokraten des Lahrer Bürgerausschusses mit einer Erklärung, in der sie die Vorwürfe gegen ehemalige Frontsoldaten zurückweisen und in Falle der Wiederholung schärfste Abwehrmaßnahmen ankündigen.

Erheblicher Einnahmefall in Billingen. Wie drüden gemeldet die Lage auf dem deutschen Holzmarkt ist, zeigt deutlich der Vorschlag der Forstasse Billingen für 1931/32. Billingen hat bekanntlich mit 3000 Hektar den zweitgrößten Waldbesitz unter den badischen Städten. Während nun in der Vorkriegszeit 230 000 M. aus dem Waldverlos an die Stadtkasse abgeliefert werden konnten und in den Jahren 1927 bis 1930 noch 200 000 bis 400 000 M. werden es im kommenden Jahr höchstens 15 000 M. sein, ein schwerer Verlust für die Stadtkasse angesichts der auch sonst stark zurückgehenden Einnahmen und der hohen Ausgaben für die Fürsorgekosten. Dabei schneidet Billingen noch verhältnismäßig günstig ab angesichts der Tatsache, daß andere Städte sogar Zuschüsse zu ihrer Waldwirtschaft bis zu 80 000 M. leisten müssen.

Badisches Landestheater Karlsruhe

Spielplan vom 15.—20. März 1932

Im Landestheater:

Dienstag, 15. März. * B 20 Th.-Gem. I. S.-Gr. und 1001 bis 1100. Der Graue. Schauspiel von Forster. 20 bis nach 22.30 (4,20 M.).
Mittwoch, 16. März. * A 22 (Mittwochnachmiete) Th.-Gem.; 401 bis 500. Fidelio. Von Beethoven. 19.30—22 (5,70 M.).
Donnerstag, 17. März. * D 28 (Donnerstagnachmiete) Th.-Gem. III. S.-Gr. I. Hälfte. Der Rosenkavalier. Von Richard Strauss. 20—23.15 (5,70 M.).
Freitag, 18. März. * F 23 (Freitagnachte) Th.-Gem. 101 bis 200. Iphigenie auf Tauris. Von Goethe. 20 bis nach 22 (3,50 M.).
Samstag, 19. März. * G 21 Th.-Gem.; III. S.-Gr.; 2. Hälfte und 901—1000. Wallensteins Tod. Von Schiller. 20—23 (4,20 M.).
Sonntag, 20. März. Morgenfeier „Der junge Goethe“. 11.15 bis gegen 13 (0,50—1 M.).
Abends: * E 20 Th.-Gem. 1101—1200. Die Walküre. Von Wagner. 18—22.15 (6,30 M.).

Im Konzerthaus

Sonntag, 20. März. Keine Vorstellung.
Auswärtiges Gastspiel:
Donnerstag, 17. März. In Reustadt: Iphigenie auf Tauris.

Brandstiftung

Aberwacht und bekämpft tüchtig jede etwaige Brandstiftung; denn ein Viertel aller Feuersbrünste entsteht leider noch durch Brandstiftung. Stellt sich selbst und der Jugend das unbeschreibliche Elend der Abgebrannten recht lebhaft vor Augen. Sie haben oft kein Heim mehr, haben kein Bett, keine Kleider, keine Lebensmittel, kein Geld, solche zu kaufen, keine Vorräte und Werkzeuge zum Arbeiten — kurz, ihre Lage ist zum Verzweifeln. Vorsätzliche Brandstifter haben kein Gefühl; es sind Teufel in Menschengestalt. Es sind zugleich dumme Teufel; denn wenn jemand ein altes Haus anzündet, um ein neues dafür zu bekommen, so erhält er etwa ein Viertel weniger, als ihn der Bau steht, weil das Bauen jetzt so furchtbar teuer ist! Er macht also ein sehr schlechtes Geschäft dabei, abgesehen von der langen Betriebsstörung, während der sich seine Kunden verlaufen.

Die Geheimpolizei, die Staatsanwaltschaft und die gerechte Rache der Abgebrannten sind stark hinter dem Brandstifter her. Kommt das Verbrechen heraus, so wird der Brandstifter schwer bestraft. (Im Mittelalter wurden die Brandstifter sofort ins Feuer geworfen.) Schon wer in grober Fahrlässigkeit einen Brand verursacht, erhält meist keine Entschädigung, wohl aber bis zu drei Jahren Gefängnis und muß Schadenersatz leisten. Wer aber vorsätzlich einen Brand legt, erhält bis zu 15 Jahren, beim Tode eines Menschen infolge des Brandes lebenslänglich Zuchthaus! Kommt die Untat des Brandstifters nicht heraus, so hat er keine ruhige Stunde mehr, schon aus Angst, doch noch entdeckt zu werden. Er muß sich selbst verachten, und das höllische Feuer seiner Untat brennt in seinem Gewissen fort, solange er lebt. Viele nehmen sich deshalb das Leben!

Unsere Feuerwehre

Diese Soldaten des Friedens, diese Helden wahrer Nächstenliebe, sollen wir schon in eigenen Interesse auf das eifrigste unterstützen! Ohne Feuerwehre würden, wie im Mittelalter, ganze Stadtteile und Dörfer abrennen. Sie rettet als unser Schutengel unser Hab und Gut und Leben und setzt dafür meist unentgeltlich ihr eigenes Leben helldunkel aufs Spiel. Ehre, Preis und Dank unserer wackeren Feuerwehre, dieses edlen Vorbild für alle. Es gibt eine löschende und eine vorbeugende Feuerwehre. Bei letzterer müssen alle, besonders auch die Schulen ständig mitwirken. Dann brennt es viel weniger und auch die Feuerwehre wird so entlastet und selbst geschützt. Großfeuer können natürlich nur durch unsere so schlagfertigen Feuerwehren mit ihren neuzeitlichen Hilfsmitteln (Motorpumpen usw.) gelöscht werden.

250jähriges Stadtjubiläum Lörrachs. Der Termin für die Feier des 250jährigen Stadtjubiläums Lörrachs wurde auf den 15. bis 19. September 1932 festgesetzt. Ein vorläufiges Programm sieht die Aufführung eines Jubiläumskonzertes, einen Festakt in der städtischen Festhalle, Fackelzug, Besichtigung des Mottlerschlosses und Aufmarsch der Lörracher Schützengilde vor. Für die Schützengilde, die ebenfalls ihr 250jähriges Jubiläum feiern kann, ist der Sonntag, 18. September, vorgesehen.

Aus der Landeshauptstadt

Todesfall. Im Alter von 68 Jahren ist Major Febr. von Notberg gestorben. Er war ein alter Leibgendarmerie- und als alpinistischer Schriftsteller in weitesten Kreisen bekannt.

Fahrpreisermäßigung zu Ostern bei der Reichsbahn. Die Reichsbahndirektion macht darauf aufmerksam, daß zu Ostern neben der Ausgabe von besonderen Festtagsrückfahrkarten (mit 33% Proz. Ermäßigung in allen Verbindungen der Reichsbahn) auch die Fahrpreisermäßigung für Gesellschaftsfahrten gewährt wird. Ebenso sind die Schul- und Jugendfahrten zu Ostern zugelassen.

Im Schloß-Museum (Schloß) ist vom 13. März bis 10. April 1932 eine Sonderausstellung „Schloß als Student“ zu sehen, die aus Anlaß der 9. deutschen Studentenhistorikertagung (vom 26. bis 28. März 1932 in Karlsruhe) vom Deutschen Schloßbund e. V., Geschäftsstelle Karlsruhe, eingerichtet wurde. Die allgemeinen Besuchszeiten sind: Sonn- und Feiertags 11 bis 1 Uhr und 2 bis 4 Uhr, Werktagen von 10 bis 11 Uhr (Karfreitag und Ostermontag geschlossen).

9. Deutsche Studentenhistorikertagung in Karlsruhe. Als Tagungsort für die diesjährige, 9. Deutsche Studentenhistorikertagung (26. bis 28. März) wurde Karlsruhe gewählt. Die Tagung wird nicht vorübergehen an brennenden Zeitfragen, die den Staat und den einzelnen Staatsbürger angehen und bewegen. Man wird daher nicht nur hochinteressante Porträts aus studentischer Vergangenheit zu sehen bekommen, sondern auch mit dem Heute, z. B. der großen modernen Arbeit einer technischen Hochschule in Fühlung treten. Für die Tagung ist ein Ortsausflug gebildet unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Dr. Erich Kleinschmidt in Karlsruhe (Mathaus).

Deutscher Reichsfeuerwehrtag in Karlsruhe. Auf der Aus- und Tagung der Deutschen Feuerwehre in Weimar am 7. und 8. März wurde beschlossen, den großen deutschen Feuerwehrtag in diesem Jahre in Karlsruhe abzuhalten, und zwar voraussichtlich Ende Juli bis Anfang August 1932. Es soll damit eine große Ausstellung und ein großer Markt verbunden werden. Man erwartet zu diesem Kongreß Tausende von Feuerwehrlern aus allen Teilen des Reiches.

Der Kornblumentag des Badischen Kriegerbundes wurde endgültig auf Sonntag, den 11. September d. J. festgesetzt.

Unserlaube Wahlpropaganda vor dem Schnellgericht. In den letzten Tagen haben sich die Auswüchse der Wahlpropaganda daran gezeigt, daß täglich durch besondere Polizeistreifen eine Anzahl Festnahmen von Parteigängern der Nationalsozialistischen und der Kommunistischen Partei erfolgen, die Wahlparolen an Häusern und Bretterwänden mit roter Farbe gemalt oder Klebezettel politischen Inhalts angebracht haben, die vom Polizeipräsidium nicht genehmigt waren. So wurden in dieser Woche täglich Sitzungen abgehalten und die Schuldigen mit empfindlichen Gefängnisstrafen bedacht. Eine Anzahl Nationalsozialisten und Kommunisten, welche unerlaubte Wahlpropaganda trieben, wurden mit Freiheitsstrafen von 14 Tagen bis zu 5 Wochen Gefängnis belegt. Am Donnerstag wurden 6 Angeklagte wegen Zettelanlebens zu je 14 Tagen Gefängnis verurteilt. Am Freitag hatte sich ein nationalsozialistischer Beamter des Landesfinanzamts, der in der letzten Nacht öffentliche Gebäude in der Kreuzstraße mit Handzetteln besetzt hatte, vor dem Schnellrichter zu verantworten. Er wurde zu zwei Wochen Gefängnis verurteilt. Ein kommunistischer Kraftwagenführer aus der Oststadt, der in der Schlachthausstraße Bretter und Bände mit roter Farbe beschmier hatte, erhielt vier Wochen Gefängnis. Wegen den Angeklagten erging Haftbefehl wegen Verdunkelungsgefahr. — Vergangene Nacht wurden wegen Anlebens von Handzetteln der NSDAP folgende Personen festgenommen und ins Bezirksgefängnis eingeliefert: Ein 18jähriger Lehrling, ein 17jähriger Ausläufer, ein 18jähriger Kaufmannslehrling und ein 19jähriger Praktikant, sämtliche von hier. Einer der Festgenommenen wird sich außerdem wegen verbotenen Tragens

der Parteiformen zu verantworten haben. — In der Ludwig-Wilhelm-Straße betrat die Polizei einen 42 Jahre alten städtischen Angestellten, der Bettel des Stahlhelms an die Häuser klebte. Auch er wurde ins Bezirksgefängnis eingeliefert. — Zur Anzeige gelangte ein Schüler von hier, der sich vor einigen Tagen im Weiberfeld als Bettelknecht für die NSDAP betätigt hat. — Die Polizei in Durlach betrat vergangene Nacht zwei junge Leute, die mit einem Eimer mit weißer Farbe zum „Anstreichen“ im Dienste der NSDAP unterwegs waren. Einer der beiden ging flüchtig, der andere, ein 21 Jahre alter Konditor aus Durlach, wurde festgenommen und das Anstreichgerät sichergestellt.

Wetterbericht der Bad. Landeswetterwarte, Karlsruhe, vom Samstagmorgen: Ein Hochdruckrücken erstreckt sich vom Nordatlantik über England und Deutschland bis nach Rußland. Unter seinem Einflusse wird der bestehende Witterungscharakter auch morgen anhalten. **Vorausage für 13. März:** Keine wesentliche Änderung, nur auf dem Hochschwarzwald etwas milder.

Wasserstände: Badstätt 180 minus 8, Basel 26 minus 18, Schusterinsel 28 minus 18, Neß 185 minus 30, Maxau 872 minus 20, Mannheim 266 plus 27, Caub 148 plus 23 Zentimeter.

Kurze Nachrichten aus Baden

bd. Kilsheim (bei Berkheim), 12. März. Aus Anlaß seines 70. Geburtstages wurde Bürgermeister August Spengler zum Ehrenbürger ernannt. Der Jubilar war von 1919 bis 1924 Mitglied des Badischen Landtags und gehörte lange Zeit der Handelskammer Mannheim an.

bd. Schwenningen, 12. März. Bei einer planmäßigen Aktion, die von einer größeren Abteilung der Landespolizei durchgeführt wurde, wurde an einem der letzten Abende eine 16 Mann starke nationalsozialistische Sturmabteilung gestellt, die von einer Versammlung in Gdingen auf Fahrrädern heimfuhr. Fast sämtliche SA-Leute waren bewaffnet. Die Polizei beschlagnahmte zwei Selbstladepistolen, Dolche, Silette, Schlagfedern, Gummihülsen und scharfgeschliffene Seitengewehre. Neun Mann wurden festgenommen. Es handelt sich um Leute aus Schwenningen, Brühl, Ostersheim und Eppelheim. Eine Durchsuchung des Schwenninger SA-Heimes verlief ergebnislos.

bd. Gemmingen bei Bretten, 11. März. In unserer Gemeinde leben in voller Minderzahl nicht weniger als 74 Personen, die in diesem Jahre das 70. Lebensjahr erreicht haben. Diese 74 Personen zählen zusammen 5617 Jahre, darunter sind 16 Personen über 80 Jahre alt.

bd. Offenburg, 11. März. Der erste Straßennat des Reichsgerichts Leipzig hat die Revision in der Mordsache Wieserrecht verworfen. Der Dienstknecht Karl Wieserrecht wurde am 21. November vorigen Jahres vom Schwurgericht Offenburg wegen Mordes, begangen an der Bauersfrau Schütt in Freistadt zum Tode verurteilt. Mit ihm verurteilt wurde wegen Beihilfe sein Dienstherr David Schütt und dessen Frau. Das Urteil ist nun rechtskräftig.

Lahr, 12. März. Das hiesige Gymnasium feiert in diesem Jahre sein 50jähriges Bestehen als Kollanstat (50. Abitur). Aus diesem Anlaß wird am 18. März, abends 8 Uhr, eine Aufführung von Reichhofs' Drama „Die Perse“ stattfinden und die Schlußfeier am 19. März, vormittags 11 Uhr, als Festakt ausgearbeitet werden. Zu diesen Veranstaltungen sind die ehemaligen Lehrer und Schüler der Anstalt eingeladen.

bd. Freiburg, 11. März. In dem Prozeß gegen die Spar- und Darlehnskassen Lehen-Weingarten beantragte heute der Staatsanwalt gegen die Mitglieder des Aufsichtsrates und Vorstandes der Darlehnskasse Geldstrafen von 100 bis 500 RM, für den Angeklagten Fabrikanten Goll eine Gefängnisstrafe von einem Jahr, drei Monaten, und für den Redner der Darlehnskasse, Ders, eine Gefängnisstrafe von einem Jahr.

bd. Freiburg i. Br., 11. März. Nachdem erst kürzlich in Freiburg und im Breisgau zwei Erdstöße innerhalb 24 Stunden bemerkt wurden, ist anfangs der Woche ein neuer Erdstoß erfolgt. Aus Zuschriften an die Freib. Ztg. geht hervor, daß dieser Erdstoß, der etwa 2 bis 3 Sekunden dauerte, sich am Montag gegen 12 Uhr nachts ereignete und besonders in der Oberrieder bemerkbar worden ist.

bd. Insel Mainau, 11. März. Prinz Lennart von Schweden und Fräulein Ribbandt wurden heute morgen in London getraut. Im Anlaß daran begab sich das Paar auf eine Hochzeitsreise, von der es zur Insel Mainau kommen wird, um dort ständig Wohnung zu nehmen.

Handel und Wirtschaft

Devisennotierungen der Reichsbank

(Antlast)

	12. März		11. März	
	Geld	Preis	Geld	Preis
Amsterdam 100 G.	169.73	170.07	169.53	169.87
Kopenhagen 100 Kr.	84.27	84.43	84.27	84.43
Italien . . . 100 L.	21.81	21.85	21.81	21.85
London . . . 1 Pf.	15.29	15.33	15.29	15.33
New York . . . 1 D.	4.209	4.217	4.209	4.217
Paris . . . 100 Fr.	16.56	16.60	16.55	16.59
Schweiz . . . 100 Fr.	81.57	81.73	81.67	81.83
Wien 100 Schilling	49.95	50.05	49.95	50.05
Prag . . . 100 Kr.	12.465	12.485	12.465	12.485

Die englische Währungsolitik. Eine Erklärung des Schatzkanzlers im Unterhaus über die Zukunft des Pfundes war die erste Äußerung über die Richtung der Währungsolitik der englischen Regierung. An die Pfundschwankungen der letzten Tage anknüpfend, sagte der Schatzkanzler, daß die Regierung nicht den Wunsch habe, das Pfund auf ein Niveau steigen zu sehen, welches der englischen Industrie schädlich sei. Der Zeitpunkt der endgültigen Stabilisierung lasse sich nicht voraussagen. Er selbst glaube, daß diese nur durch eine erneute Verknüpfung der Währung mit einem Metall möglich sei. Er sehe keine besser geeignete Basis als Gold. Die Erklärung soll die Spekulation des Auslandes in Sterling verhindern.

4 Prozent Dividende bei der Forstheimer Gewerbank. Wie wir hören, wird der Vorstand der Forstheimer Gewerbank e. G. m. b. H. der Generalversammlung die Verteilung von 4 Prozent Dividende vorschlagen. Die Gewerbank legt in diesem Jahr weniger Wert auf Verteilung einer hohen Dividende, als auf Schaffung von Krediten. Ihr Eigenkapital erhöht sich in diesem Jahre eine weitere Zunahme auf 991 151 Reichsmark; ihre Haftsumme beträgt 2 379 000 RM.

Kfällige Hypothekbank Ludwigsbafen. Die Verwaltung hat beschlossen, der auf den 31. März einzuberufenden Hauptversammlung die Verteilung von 5 (i. Vorj. 10) Prozent Dividende vorzuschlagen.

Druck G. Braun, Karlsruhe.



Spezial-Angebote für den Herrn:

- Flotte Frühjahrmäntel RM. 75,- 65,- 55,- 48,- **28,50**
- Reinwoll. Gabardine-Mäntel RM. 65,- 65,- 58,- 45,- **35,-**
- Echte Münchner Loden-Mäntel RM. 49,50 39,50 32,50 **24,50**
- Trenchcoat-Mäntel mit ausknöpfbarem Futter RM. 38,50 34,50 29,50 18,50 17,50 **14,50**
- Windjacken imprägniert RM. 14,50 11,50 9,50 **7,50**
- Sport-Anzüge 2teilig RM. 55,- 48,- 35,- **25,-**
- Moderne Sakko-Anzüge neue Formen u. Muster RM. 75,- 65,- 48,- 35,- **24,50**
- Blau Kammgarn-Anzüge in mein. bewähr. Spez.-Qual. RM. 75,- 65,- 35,- **35,-**
- Knickerbocker-Hosen RM. 12,50 9,50 6,50 **4,75**
- Streifen-Hosen RM. 16,50 12,50 9,50 **7,50**
- Herren-Pullover nur reine Wolle, selten große Auswahl . . . RM. 6,50 4,75 3,90 **2,75**
- Zefir-Oberrhemden farbig, in sparten Streifenmustern . . . RM. 8,75 6,50 4,75 **3,75**
- Oberhemden Popeline, weiß, durchgemustert in den mod. kl. Mustern RM. 8,50 5,25 **3,50**
- Die beliebten Sporthermen mit Kragen und Selbstbinder in blau und beige Tönen schon von RM. **3,50**
- Schlaf-Anzüge in Flanel und Popeline RM. 11,50 9,75 7,50 **5,50**
- Schöne Nachthemden mit waschechtem Besatz, gute Qualitäten RM. 6,50 4,50 **2,50**
- Kragen auch in den modernen halbstreifen Formen RM. .80 .75 .65 **—,45**
- Aparte Selbstbinder in neuen Farben u. Mustern RM. 2,50 2,50 1,50 **—,85**
- Knaben - Anzüge Knaben-Mäntel Wolle, haltbare Qualitäten in Loden, Trenchcoat, Cheviot 7,50 12,50 18,50 25,- 5,50 9,50 14,50 19,50

Sämtliche Bleyes-Kleidung in allen neuen Farben u. Formen

Großes Lager in Anzugstoffen

Carl Schöpf

Ingenieur-Schule Weimar
Maschinenbau / Elektrotechnik / Automobilbau
Flugzeugbau / Flieger-schule / Papiertechnik
Eigene Lehrwerkstätten
Prospekt anfordern

Beer gesucht
unf. Zigarren.
G. Ziegenfuss & Co.,
Hamburg 22. L. 751



Badisches Landestheater
Sonntag, den 13. März 1932
Nachmittags
12.-Gem. 1301-1400
Zu kleinen Preisen

Im weißen Röhl
Singspiel von Menckh
Dirigent: Schwarz
Spielleitung: Herz
Mitwirkende:
Blank, Genter, Seiberlich,
Seiling, Müllich, Brand,
Ernst, Gemmede, J. Grö-
zinger, Höder, Rainbach,
Kloble, Luther, Mehner,
R. Müller, Krüter, Hölzer,
G. Grözinger, Jung, Kilian,
Kleinbub, Kühr, Linde-
mann, Meyer, S. Müller,
Ragel, Sonntag, Schmitt.
Anfang 15 Ende 18
Preise B (0,70-4,20 RM)

Dirigent: Krips
Spielleitung: Brusch
Mitwirkende:
Blank, Reich-Dörich, J. Grö-
zinger, Hofbach, Rainbach,
Kiefer, Derner, Schoepflin,
Strad
Anfang 20 Ende 22.30
Preise E (1,00-6,30 RM)

Im Städt. Konzerthaus
Sonntag, den 13. März 1932

Zur goldenen Liebe
Operette von Menckh
Dirigent: Stern
Regie: Herz
Mitwirkende:
Genter, Janz, Seiberlich,
Seiling, Friz, Höder D.,
Brand, Kloble, Kienkerf,
Luther, Höfer, R. Müller,
Mehner, Krüter, Schulze,
p. d. Trend, S. Müller,
Seibert
Anfang 19.30 Ende 22.15
I. Parkett 2,60 RM

Trunksucht
vollkommene Entwöhnung

Nichtraucher
in wenigen Tagen mit und ohne Wissen. L. 753

Aufklärung durch:
Karl - Apotheke, Karlsruhe